

Sitzungsperiode 2025-2026
Sitzung des Ausschusses IV vom 8. Oktober 2025

FRAGESTUNDE*

• **Frage Nr. 252 von Herrn SIMAR (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zu Demenz und die Förderung motorischer, alltagspraktischer, kognitiver und sozialer Aktivierung (MAKS)**

Im Rahmen einer Konferenz in Eupen wurde die MAKS-Therapie vorgestellt, eine nichtmedikamentöse, psychosoziale Maßnahme zur Unterstützung von Menschen mit Demenz. Entwickelt und erforscht wurde sie von Prof. Elmar Gräbel (Universitätsklinikum Erlangen), der ihre Wirksamkeit in mehreren Studien nachweisen konnte.¹

Ziel der MAKS-Therapie ist es, die Selbstständigkeit und Lebensqualität möglichst lange zu erhalten und den Verlauf der Krankheit zu verlangsamen. Studien zeigen, dass bei einer bis zu 18-monatigen Anwendung kognitive und alltagspraktische Fähigkeiten stabil bleiben können. MAKS gilt als wissenschaftlich fundierte Weiterentwicklung bereits intuitiv eingesetzter pflegerischer Maßnahmen.

Die Methode basiert auf vier Aktivierungsbausteinen:

- Motorische Aktivierung – Übungen für Hände und Hand-Auge-Koordination
- Alltagspraktische Aktivierung – z. B. Gesellschaftsspiele, Kochen, Alltagstätigkeiten
- Kognitive Aktivierung – Förderung geistiger Fähigkeiten, individuell und in Gruppen
- Soziale/kommunikative Aktivierung – Stärkung von Interaktion und Gemeinschaft

MAKS orientiert sich an den individuellen Ressourcen der Teilnehmenden und kann in verschiedenen Einrichtungen wie Pflegeheimen, Tagespflege oder Demenz-WGs angewendet werden – derzeit u. a. in Deutschland, Mexiko, Norwegen und China. Therapeutinnen und Therapeuten absolvieren hierfür eine zertifizierte dreitägige Schulung.

Hierzu meine Fragen:

1. In welchem Umfang wird die MAKS-Therapiemethode in ostbelgischen Wohn- und Pflegezentren für Senioren bereits angewendet?
2. Besteht Interesse dieser Einrichtungen, ihr Personal hinsichtlich dieses Therapieansatzes weiterzubilden?
3. In welchem Umfang ist die Deutschsprachige Gemeinschaft bereit, gegebenenfalls hierbei eine finanzielle Beihilfe zu gewähren?

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ Vgl. Grenzecho, 25.10.2025.

• **Frage Nr. 253 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zum Projekt „Zurück ins Arbeitsleben“**

Im Rahmen der aktuell laufenden Haushaltsverhandlungen auf föderaler Ebene wird erneut deutlich, dass die Suche nach Einsparmöglichkeiten im belgischen Haushalt auch auf Kosten der Langzeitkranken geführt wird. Gesundheitsminister Frank Vandenbroucke erklärte, rund 500.000 Menschen seien derzeit als Langzeitkranke eingestuft, davon 300.000 bis zur Pension, und bezeichnete dies als „wichtigstes Gesundheitsproblem unserer Zeit“.² Vor diesem Hintergrund will die Föderalregierung die Krankenkassen stärker in die Pflicht nehmen und Fälle strenger kontrollieren.

In der öffentlichen Debatte war schnell von „schwarzen Schafen“ die Rede, die das System missbrauchen würden. Solche Pauschalurteile lassen außer Acht, dass die überwiegende Mehrheit der Langzeitkranken tatsächlich auf Unterstützung angewiesen ist. Sie lenken die Diskussion von den eigentlichen Ursachen ab – etwa von den Arbeitsbedingungen, psychischen Belastungen oder der Frage, was „schwere Arbeit“ in unserer Gesellschaft bedeutet.

Zudem zeigt sich, dass die praktische Umsetzung einmal mehr in erheblichem Maße auf die Regionen und Gemeinschaften abgewälzt wird. So ist auch die DG gefordert, in Projekten wie „Zurück ins Arbeitsleben“ die Schnittstelle zwischen Gesundheit, Sozialpolitik und Arbeitsmarkt abzudecken – eine komplexe Aufgabe, die weit über reine Kontrolle hinausgeht.

Vor diesem Hintergrund habe ich folgende Fragen:

1. Welche Rolle übernehmen Sie als Gesundheitsministerin im Projekt „Zurück ins Arbeitsleben“?
2. Wann startet das Programm in der DG?
3. Welche Maßnahmen plant die DG konkret, um die Balance zwischen Begleitung, Prävention und gerechter Kontrolle zu gewährleisten?

• **Frage Nr. 254 von Frau COMOTH (ProDG) an Ministerin KLINKENBERG zu den finanziellen Auswirkungen einer neuen Wohnungssteuer in Kelmis auf die ÖWOB**

In Kelmis sorgt derzeit die neu beschlossene Wohnungssteuer für Diskussionen. Betroffen sind Mietwohnungen mit schlechter Energiebilanz (oberhalb der Energieklasse C) die künftig progressiv belastet werden sollen. Auch die Öffentliche Wohnungsbaugesellschaft (ÖWOB) äußerte Bedenken und befürchtet negative Auswirkungen auf den sozialen Wohnungsbau.

Nun stellt die DG der ÖWOB bekanntlich erhebliche Mittel für die energetische Sanierung und den Neubau von Wohnungen zur Verfügung – allein bis Ende 2026 fließen rund 30 Millionen Euro, weitere 37 Millionen sind in Aussicht gestellt. Damit sollen hunderte Wohneinheiten saniert und neue Wohnungen geschaffen werden.

Daher lauten meine Fragen an Sie, Frau Ministerin, wie folgt:

1. Wie bewertet die Regierung diese neue Steuer in Kelmis im Hinblick auf die Zielsetzung der DG-Investitionen in die energetische Sanierung?
2. Besteht nicht die Gefahr, dass die von der DG bereitgestellten Mittel durch eine solche kommunale Steuer zumindest teilweise zweckentfremdet und letztlich in den Gemeindekassen landen statt dem Wohnungsbestand zugutezukommen?

² <https://brf.be/national/2011934/>.

- **Frage Nr. 255 von Herrn Simar (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zur Zulassung von Ärzten in Belgien, die in anderen EU-Ländern nicht mehr praktizieren dürfen**

Zahlreiche ausländische Ärzte und Therapeuten dürfen in Belgien praktizieren, obwohl ihnen in anderen EU-Ländern wegen schwerwiegender Vergehen wie Behandlungsfehlern, sexuellem Missbrauch oder Betrug die Zulassung entzogen wurde, berichtete die Presse unlängst.³

Ursache ist vor allem die unzureichende Nutzung und fehlende Synchronisierung des europäischen Informationssystems (IMI) mit den belgischen Behörden. Dadurch können gesperrte Ärzte weiterhin unbemerkt in Belgien arbeiten.

Hierzu meine Frage:

1. Sind der Regierung Fälle aus Ostbelgien bekannt, in denen Ärzte praktizieren, die in anderen Ländern nicht mehr zugelassen sind?
2. Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen den Gliedstaaten und dem belgischen Föderalstaat, die auf die rasche Behebung dieses Problems abzielt?

³ <https://www.msn.com/fr-be/sante/other/des-m%C3%A9decins-interdits-d-exercer-%C3%A0-l-%C3%A9tranger-pratiquent-en-belgique/ar-AA1NIrbU?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=80e03d625ec34637d2fd9e6168dbc4f2&ei=10>.